

# Elbeblatt

für

Niesä, Strehla und deren Umgegend.

Nr 26.

Dienstag, den 27. Juni

1854.

## Die Politik der Mittelstaaten und ihre Gegner.

Nachdem der Inhalt der Bamberger Beschlüsse in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, hat sich in der gesamten englischen und französischen, und einem großen Theil der deutschen Presse ein wahrer Sturm der Anfeindungen und Verdächtigungen gegen die in Bamberg versammelt gewesenen Regierungen erhoben. Ein ganzes Heer von Gegnern zieht gegen die Bamberger Beschlüsse zu Felde und läßt gegen sie die Geschütze des schwersten Kalibers spielen.

Mustern wir die Gegner, welche die Politik der Bamberger Conferenz hat, so ist es allerdings bedauerlich, daß, wie es scheint oder wie man viel mehr den Anschein herzurufen bemüht ist, die Kabinete der beiden deutschen Großstaaten sich darunter befinden sollen. Aber es ist dies in der That nur ein Schein, denn Derjenige, welcher mit der Sache etwas näher vertraut ist, wird wohl wissen, daß zwischen den beiden deutschen Großstaaten einerseits und den Mittelstaaten andererseits nur darüber eine Meinungsverschiedenheit obgewaltet hat, wie und auf welche Weise der Bündnißvertrag vom 20. April zur Ausführung zu bringen sei. Nach der von Wien und Berlin eingegangenen Antwortnote zu urtheilen, steht die Behandlung der Bündnißfrage im Schooße der Bundesversammlung zu erwarten und dann wird auch das Mittel gefunden werden, die entstandenen Differenzen zu einer befriedigenden Ausgleichung zu bringen. Es ist also ein Irrthum, wenn man der Meinung ist, daß Oesterreich und Preußen noch unter den Gegnern der Politik der Mittelstaaten zählen.

Zu den erbittertesten Gegnern der Politik der Bamberger Beschlüsse gehören aber die Engländer und Franzosen, weil diese gar wohl fühlen, wie ihnen durch die Bamberger Beschlüsse ein gewaltiger Strich durch die Rechnung gemacht worden ist. Der Bündnißvertrag vom 20. April sollte ihnen zum Mittel dienen, Oesterreich und Preußen dazu zu vermögen, englische und französische Interessen an der Donau mit deutschem Gelde und mit dem Blute von Deutschlands Söhnen durchzukämpfen. Man sprach viel von der Uebereinstimmung englischer und französischer Interessen mit den deutschen Interessen im Oriente; die österreichischen und preussischen Staatsmänner ha-

ben sich auch einen Augenblick täuschen lassen, aber die Bamberger Beschlüsse haben gezeigt, daß die deutschen Interessen und die Interessen Englands und Frankreichs gerade im Oriente himmelweit auseinandergehen. Wir glauben uns nicht zu irren, wenn wir behaupten, daß die ganze Bündnißfrage noch eine solche Wendung nehmen und das Auftreten Oesterreichs auf dem Kriegstheater ein solches sein werde, wie man es sich in Paris und London nicht vermuthen dürfte.

In Frankreich und in dem kaiserlichen Kabinete der Tuilerien haben die Bamberger Beschlüsse insbesondere noch eine süße Illusion zerstört. Nachdem die napoleonsche Politik ihre Interessen mit denjenigen der übrigen europäischen Großmächte identificirt hatte, war man in Paris am allerwenigsten auf einen Widerstand der deutschen Mittelstaaten gefaßt. Man bildete sich bis jetzt in Paris ein, daß der französische Einfluß an den Höfen derjenigen deutschen Staaten etwas gelte, die einst den Rheinbund bildeten, und daß das neuerstandene Kaiserreich gewisse Erinnerungen nach gerufen habe, welche zu den Traditionen der napoleonschen Politik gehören. Anstatt nun bereitwilligst der Politik beizutreten, welche die deutschen Großmächte im Verein mit Frankreich und England zu verfolgen scheinen, und anstatt bei dieser Gelegenheit sehnüchrig nach Paris zu schießen, stellen sie in den Bamberger Beschlüssen ein Programm auf, das durchweg auf deutschnationaler Grundlage beruhend, jedes fremde — gleichviel ob englisch-französisches oder russisches Interesse ausschließt. Das hat nun in dem kaiserlichen Tuilerienkabinete eine große Verstimmung und Gereiztheit hervorgerufen, welche aber, wie wir meinen, auf die Politik der Mittelstaaten nicht eben ein ungünstiges Licht wirft.

Außer der ganzen gothaischen Partei, die an der fixen Idee leidet, daß die Mittelstaaten alle „franke Männer“ seien, die nicht schnell genug dem Großstaat Preußen einverleibt werden können, das sind alle jene gemüthlichen Leute, welche der berühmten April-Kaiserfahrt nach Berlin im Jahre 1849 zujauchzten und einen Monat darauf unter dem Banner der Frankfurter Reichsverfassung noch Thörichteres begingen, außer diesen Leuten, welche nichts gelernt und nichts vergessen haben, ist es aber besonders die Demokratie und Revolution, welche mit der größten Erbitterung über die Po-